

Christoph Kobel (SP)  
9000 St.Gallen

An den  
Stadtrat der Stadt St.Gallen  
Rathaus  
9001 St.Gallen

St.Gallen, 6. Juni 2025

**Einfache Anfrage Christoph Kobel (SP): «Wie schützt der Stadtrat die Quartieranliegen?»**

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,  
Sehr geehrte Stadträt:innen

Der Kantonsrat hat an der Junisession 2025 mit Hilfe einer rechtsbürgerlichen Mehrheit zwei Motionen gutgeheissen, die tiefgreifende Auswirkungen auf die Verkehrspolitik der Stadt St.Gallen und die Stadtbevölkerung haben: Die Motion 42.25.02 verlangt, dass der Stadt St.Gallen die bisherige Kompetenz für Verkehrsanordnungen und Signalisationen entzogen wird. Was bisher in der Verantwortung der Stadtbehörden lag, soll künftig durch kantonale Stellen entschieden werden. Die Motion 42.25.05 verlangt die Priorisierung des Verkehrsflusses auf Kantonsstrassen durch eine gezielte Steuerung von Lichtsignalanlagen, inklusive Pförtneranlagen. Damit sollen untergeordnete Strassen im Verkehrsmanagement dem Kapazitätsbedarf der Kantonsstrassen untergeordnet werden.

Beide Entscheide bedeuten einen tiefen Einschnitt in die kommunale Selbstbestimmung der Stadt St.Gallen. Sie schwächen die bewährte Praxis, in welcher die Stadt im Interesse ihrer Bevölkerung – insbesondere der Quartierbevölkerung – selbständig über Verkehrsberuhigungsmassnahmen wie Tempo 30 oder Begegnungszonen entscheiden konnte. Diese Massnahmen sind Ausdruck konkreter Bedürfnisse in den Quartieren nach mehr Sicherheit, Gesundheit, Lebensqualität und Rücksichtnahme im Verkehr. Zudem sind die Massnahmen wirksam für die Bekämpfung der Klimakrise. Die nun beschlossenen Motionen stellen diese Anliegen fundamental in Frage und werden die Umsetzung von Tieftempozonen deutlich schwieriger gestalten. Zudem fragt sich, wie verpflichtende Lärmschutzmassnahmen in Zukunft auf städtischem Gebiet umgesetzt werden können.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was würden die neuen gesetzlichen Vorgaben konkret für laufende oder geplante Prozesse zur Einführung von Begegnungszonen in den städtischen Quartieren bedeuten?
2. Wie will der Stadtrat künftig sicherstellen, dass verkehrspolitische Anliegen aus den Wohnquartieren (z.B. mittels Bevölkerungsvorstössen) – etwa Tempo-30-Zonen oder

andere Massnahmen zur Verkehrsberuhigung – weiterhin mit der nötigen Priorität behandelt und umgesetzt werden können?

3. Welche konkreten (finanziellen) Auswirkungen auf die Stadt St.Gallen erwartet der Stadtrat im Hinblick auf die Erreichung der gesetzlich verpflichtenden Lärmschutzziele (Grundlage: Umweltschutzgesetz und Lärmschutzverordnung), sollte die Umsetzung der Motionen wie geplant erfolgen?

Vielen Dank dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Freundliche Grüsse



Christoph Kobel, SP